

9 – 11.05.2022

Stand: 12.05.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russischen Truppen setzen ihre Offensive in den Regionen Donezk und Luhansk fort. Ihre Bemühungen konzentrieren sich darauf, den Fluss Siwerskyj Donez zu überwinden, durch den die Frontlinie verläuft, und die Rückseite der ukrainischen Streitkräfte zu erreichen. Es werden Vorbereitungen für eine mögliche russische Offensive im Süden - in Richtung Mykolajiw und Krywyj Rih - getroffen. Den ukrainischen Streitkräften gelang es, die russischen Einheiten durch einen Gegenangriff aus Charkiw zu vertreiben.

Richtungen Tschernihiw und Sumy:

Die russischen Streitkräfte führen von ihrem eigenen Territorium aus weiterhin systematische Angriffe auf ukrainische Grenzgemeinden durch. Vom 9. bis 11. Mai beschossen sie mehrere Gemeinden in den Regionen Tschernihiw und Sumy mit Mörsern und Raketen. In der Nacht vom 11. auf den 12. Mai wurde ein Luftangriff auf die Infrastruktur von Nowhorod-Siwerskyj, das 40 km von der russischen Grenze entfernt liegt, geflogen.

Richtungen Charkiw und Luhansk:

Infolge einer Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte waren die russischen Streitkräfte gezwungen, sich aus Charkiw zurückzuziehen. Die unmittelbare Bedrohung für die Stadt hat sich deutlich verringert. In Richtung Isjum werden russische Einheiten umgruppiert und verstärkt, um eine erneute Offensive vorzubereiten. Dies beweist, dass die vorläufigen Berechnungen des russischen Kommandos gescheitert sind, die Verteidigungsanlagen der ukrainischen Streitkräfte zu durchbrechen und schnell die Rückseite der ukrainischen Einheiten zu erreichen, die im Gebiet der Operation der Vereinigten Streitkräfte operieren.

Gleichzeitig führen die russischen Streitkräfte weiterhin Raketenangriffe auf die zivile Infrastruktur in Charkiw durch. So wurde am 11. Mai ein mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen beladener Zug bei einem Anschlag zerstört, wobei eine Person getötet wurde.

In der Region Luhansk versuchten die russischen Truppen, den Fluss Siwerskyj Donez zu überwinden, was ihnen die Möglichkeit gab, hinter die ukrainischen Streitkräfte zu gelangen, die den Ballungsraum Rubischne-Sewerodonezk-Lyssytschansk verteidigten. Die ukrainischen Einheiten verteidigen sich jedoch erfolgreich in diesem Gebiet. Nach Angaben des Leiters der Militärverwaltung der Region Luhansk, Serhij Haidai, haben sie einen Pontonübergang über den Siwerskyj Donez zerstört und setzen die Säuberung des Gebiets von feindlichen Kräften fort.

Richtungen Donezk und Saporischschja:

Im Süden von Donbas setzten die russischen Truppen ihre Luftangriffe auf das Asow-Stahl-Werk in Mariupol fort. Die Erstürmung der von ukrainischen Einheiten bewachten Anlage geht weiter. Im Norden der Region setzten die russischen Truppen ihre Offensive auf die Stadt Lyman fort, um den Fluss Siwerskyj Donez zu überqueren; auch in anderen Teilen der Front versuchen sie weiterhin, vorzurücken. Der Beschuss von Städten in der Region Donezk geht weiter. Russische Truppen führten mehrere Angriffe auf die Stadt Slowjansk durch.

Russische Truppen beschießen weiterhin bewohnte Gebiete in der Region Saporischschja und versuchen, Raketenangriffe auf Saporischschja durchzuführen. Am 11. Mai schossen die Luftabwehrkräfte eine Rakete in der Nähe der Stadt ab, deren Trümmer auf eine Infrastruktureinrichtung fielen und diese beschädigten.

Richtung Dnipro:

Der Beschuss von Gebieten in der Oblast Dnipropetrowsk, die an die Oblast Cherson am rechten Ufer des Dnipro grenzen, geht weiter. Insbesondere in der Zeit vom 10. bis 12. Mai beschossen russische Artilleriekräfte mehrmals bewohnte Gebiete in Richtung Krywyj Rih.

In der Oblast Poltawa führten die russischen Truppen einen weiteren Raketenangriff durch, der die Infrastruktur beschädigte.

Richtung Süden:

In der Region Odessa werden weiterhin Raketenangriffe durchgeführt. Erneut wurde eine strategisch wichtige Brücke über den Dnister-Liman, über den die Straße nach Rumänien führt, getroffen. Russische Truppen versuchen, den bessarabischen Teil der Region abzuschneiden und die Kommunikationswege zwischen der Ukraine und ihren Partnerstaaten zu blockieren. Darüber hinaus bemühen sich die Briten nach eigenen Angaben um eine Verstärkung der Garnison auf der vorübergehend besetzten Schlangeninsel. So versuchen die russischen Truppen, die Vorherrschaft im nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres zu sichern, während sie gleichzeitig die Situation in Transnistrien anheizen, wo das russische Kontingent und die lokalen Banden in höchste Alarmbereitschaft versetzt werden. Dies stellt eine zusätzliche Bedrohung für die Sicherheit von Odessa dar.

In Odessa selbst gehen die Raketenangriffe weiter. Am 9. und 10. Mai wurden touristische und zivile Infrastrukturen und Lagereinrichtungen mit Raketen beschossen. Vor allem eines der Einkaufszentren und Lebensmittellager der Stadt erlitt den größten Schaden.

Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte meldete, dass das russische Militär die Errichtung von Pontonbrücken über den Dnipro bei Nowa Kachowka in der Region Cherson vorbereitet. Dies könnte die Vorbereitung einer neuen Offensive gegen Mykolajiw oder Krywyj Rih bedeuten.

Informationskonfrontation

Am 9. Mai wurden Hackerangriffe auf den russischen Fernsehsender durchgeführt. In den Sendungen der russischen Satellitenfernsehsender tauchte daraufhin eine Antikriegsrhetorik auf. Außerdem gab es einen Cyberangriff auf die Videohosting-Website Rutube, die russische Alternative zu YouTube.

Ebenfalls am 9. Mai veröffentlichte die russische Online-Publikation "Lenta" auf ihrer Titelseite kritisches Material über die Aggression gegen die Ukraine. Mehrere Journalisten der Publikation erklärten sich für den Vorfall verantwortlich, indem sie den Text der auf der Website veröffentlichten Nachrichten absichtlich durch Antikriegs- und Anti-Putin-Kritik ersetzten.

HUMANITÄRE LAGE

Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte beläuft sich die Zahl der zivilen Opfer in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022 - seit Beginn der groß angelegten russischen Invasion - auf 7.256 (3.496 Tote und 3.760 Verletzte). Diese Zahlen sind nur vorläufig - die tatsächliche Zahl der Opfer ist höher, da die Informationen aus einigen Orten, an denen weiterhin heftige Kämpfe stattfinden, sich verzögern und viele Berichte noch nicht bestätigt wurden. Die meisten Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden durch den Einsatz von Explosivwaffen mit großflächiger Wirkung verursacht, darunter schwerer Artilleriebeschuss und der Beschuss mit Mehrfachraketenwerfern sowie Raketen- und Luftangriffe.

Am Morgen des 11. Mai 2022 waren mehr als 643 Kinder in der Ukraine von den Folgen der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation betroffen. Nach offiziellen Angaben wurden 226 Kinder getötet und mehr als 417 verletzt.

Die wichtigste humanitäre Frage in Mariupol ist nach wie vor die Freilassung der ukrainischen Militärangehörigen, die in der Anlage Asow-Stahl festsetzen. Bislang ist es nicht gelungen, die Anlage militärisch zu besiegen. Die Verteidiger des Werks weigern sich, zu kapitulieren. Gleichzeitig lehnt das russische Militär das "Extraktions"-Verfahren ab, obwohl eine Petition an UN-Generalsekretär Guterres, dieses Verfahren anzuwenden, innerhalb weniger Tage mehr als 1 Million Unterschriften gesammelt hat. Erschwerend kommt hinzu, dass sich trotz der Evakuierung der Zivilisten nach verschiedenen Schätzungen immer noch rund 100 Zivilisten in der Anlage aufhalten, deren Lebensbedingungen sich von Tag zu Tag verschlechtern.

Russische Truppen deportieren die ukrainische Bevölkerung weiterhin gewaltsam aus den vorübergehend besetzten Gebieten auf russisches Territorium. Nach Angaben von Iryna Wereschtschuk wurden fast 460.000 Ukrainer in Filtrationslager zwangsversetzt. In Russland wurden bereits mehr als 6.500 solcher Lager eingerichtet. Unter den Abgeschobenen befinden sich nicht nur Erwachsene, sondern auch mehr als 10.000 Kinder, darunter Waisen und Kinder, denen die elterliche Fürsorge entzogen wurde.

Hans Kluge, Leiter des europäischen Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation, berichtet, dass in der Ukraine seit dem Beginn der groß angelegten russischen Invasion mindestens 3.000 Menschen gestorben sind, weil sie keinen Zugang zur Behandlung chronischer Krankheiten (wie HIV/AIDS, Krebs usw.) hatten.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat ihre Prognose für den kriegsbedingten Rückgang der ukrainischen Wirtschaft auf 30 Prozent verschärft, obwohl sie Ende März noch von 20 Prozent ausgegangen war.

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes hat sich die Inflation in der Ukraine im April gegenüber dem Vorjahr auf 16,4 Prozent beschleunigt. Der NBU wurde mitgeteilt, dass die Hauptfaktoren für die Beschleunigung der Inflation Unterbrechungen in den Versorgungsketten, erhöhte Unternehmensausgaben, die tatsächliche Zerstörung von Vermögenswerten und ein ungleichmäßiges Angebot und eine ungleichmäßige Nachfrage nach Waren in den verschiedenen Regionen waren.

Das Präsidialamt teilte mit, dass die Internationale Arbeitsgruppe für Sanktionen gegen Russland Empfehlungen ausgearbeitet hat - den Fahrplan für Energiesanktionen.

Im Anschluss an das polnisch-ukrainische Energieforum in Warschau erklärte Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko, dass die Ukraine dank des polnischen Transits bald in der Lage sein wird, Kraftstoff aus den Vereinigten Staaten, den Niederlanden und anderen Ländern zu beziehen. Dies wird die Treibstoffknappheit im Lande verringern, die in den letzten zwei Wochen nach der Zerstörung der Ö raffinerie Kremenschuk durch Granatenbeschuss zu beobachten war.

Während einer Arbeitsreise nach Odessa mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Charles Michel, erklärte Premierminister Denys Schmyhal, dass die Ukraine durch die Blockade der ukrainischen Seehäfen durch russische Truppen täglich 170 Millionen USD verliert (insgesamt werden bis zu 90 Millionen Tonnen exportfertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse blockiert). Diese Frage ist nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus humanitärer Sicht von besonderer Bedeutung, da sie zu einer Nahrungsmittelkrise in den Staaten des Nahen Ostens und Afrikas führen kann, die die Hauptabnehmer ukrainischer Agrarprodukte sind.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Am 9. Mai unterzeichnete US-Präsident Joe Biden das Lend-Lease-Gesetz zur Unterstützung der strategischen Verteidigung der Ukraine. Dem Gesetz zufolge können die USA sowohl der Ukraine als auch den osteuropäischen Staaten, die von den Folgen der bewaffneten Aggression Russlands in den Jahren 2022-2023 betroffen sind, Verteidigungsgüter im Schnellverfahren und zu Vorzugsbedingungen leihen oder leasen. Zu diesen Produkten gehören moderne Raketenabwehrsysteme, Kampffjets, Panzer, Flugzeuge, Selbstfahrlafetten, Schützenpanzer, Luftabwehrsysteme, Munition usw. Entsprechende US-Hilfe könnte eine Schlüsselrolle bei der weiteren Abwehr der russischen Militäroffensive und der Befreiung der vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine spielen.

Auch andere Staaten unterstützen die Ukraine weiterhin aktiv, demonstrieren ihre Solidarität und verurteilen die russische Aggression. Der litauische Seimas nahm einstimmig eine Resolution an, in der der Krieg Russlands gegen die Ukraine als Völkermord am ukrainischen Volk und Russland als ein Land, das Terrorismus unterstützt und ausführt, anerkannt wird. Die Abgeordneten des Seimas sprachen sich auch für die

Einrichtung eines internationalen Sondertribunals aus, das die russische Aggression untersuchen, bewerten und die Täter strafrechtlich verfolgen soll. Auch der tschechische Senat (Oberhaus des Parlaments) hat die von der russischen Armee in der Ukraine begangenen Verbrechen als Völkermord am ukrainischen Volk anerkannt.

Die Ukraine erfüllt weiterhin die erforderlichen Verfahren im Rahmen des Integrationsprozesses der Europäischen Union. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij gab bekannt, dass der zweite Teil des ausgefüllten Fragebogens für den Kandidatenstatus der Ukraine für die EU-Mitgliedschaft übergeben wurde. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärte, dass eine Entscheidung über die Zuerkennung des Kandidatenstatus für die Ukraine bereits im Juni getroffen werden könnte. Gleichzeitig reagierte das ukrainische Präsidialamt negativ auf den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, ein neues europäisches Kooperationsformat für die Ukraine einzurichten - dies wird als Versuch empfunden, einen echten Integrationsprozess durch symbolische, unwirksame Initiativen zu ersetzen.

Die ukrainischen Behörden arbeiten weiterhin aktiv auf der internationalen Bühne, um die Kräfte der Partner gegen die russische Aggression zu stärken. Präsident Selenskij sprach vor den Parlamenten der Slowakei und Maltas und forderte diese Staaten auf, die Sanktionen und den wirtschaftlichen Druck auf Russland zu verstärken. Er führte auch Gespräche mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz, in denen er die Themen Verteidigungshilfe und Zusammenarbeit im Energiesektor erörterte. Ein ähnliches Gespräch führte Selenskij auch mit Magdalena Andersson, der Premierministerin des Königreichs Schweden.

Die Besuche ausländischer Beamter und Politiker in der Ukraine zeigen, wie sehr die Weltgemeinschaft dem russisch-ukrainischen Konflikt Aufmerksamkeit schenkt. Am 9. Mai traf der Vorsitzende des Europäischen Rates, Charles Michel, zusammen mit dem ukrainischen Premierminister Denys Shmyhal in Odessa ein. Er traf mit führenden Vertretern der lokalen Behörden zusammen und führte Gespräche mit Wolodymyr Selenskij. Am 10. Mai trafen die deutsche Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und der niederländische Außenminister Wopke Hoekstra in der Ukraine ein. Die Minister brachten ihre Unterstützung für die Ukraine auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft zum Ausdruck und erörterten bei einem Treffen mit Präsident Selenskij wirtschaftliche Unterstützung und den Wiederaufbau der durch die Kämpfe beschädigten ukrainischen Infrastruktur.

Da die Gefahrenstufe für die Hauptstadt sinkt, nehmen ausländische diplomatische Vertretungen ihre Arbeit in Kyjiw wieder auf. Der ukrainische Präsident erklärte, dass insgesamt 36 ausländische diplomatische Vertretungen ihre Arbeit in der Stadt wieder aufgenommen haben.

Um dem russischen Einfluss entgegenzuwirken und die Stabilität der staatlichen Wirtschaft zu gewährleisten, legte Präsident Selenskij der Werchowna Rada am 11. Mai ein Dekret vor, mit dem russisches Eigentum in der Ukraine zwangsweise beschlagnahmt wird. Die beschlagnahmten Mittel sollten zum Schutz der staatlichen Souveränität, der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit der Ukraine sowie ihrer nationalen



Interessen unter den Bedingungen eines umfassenden Krieges Russlands gegen die Ukraine verwendet werden.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.